

Startseite / Die Nachrichten / **Enquete-Kommission: Afghanistan-Einsatz "strategisch gescheitert"**

Bundestag

Enquete-Kommission: Afghanistan-Einsatz „strategisch gescheitert“

Die Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan hält die Mission für weitgehend gescheitert. In einem in Berlin veröffentlichten Zwischenbericht des Gremiums heißt es unter anderem, der Einsatz von 2001 bis 2021 sei in Gänze kein Erfolg gewesen.

19.02.2024



Die Bundeswehr war fast 20 Jahre im Rahmen einer NATO-Mission in Afghanistan im Einsatz. (picture alliance / dpa | Maurizio Gambarini)

Deutschland und seine internationalen Partner hätten es nicht vermocht, ein stabiles Afghanistan zu schaffen. In dem Bericht wird unter anderem eine unzureichende Abstimmung der deutschen Ministerien mit Militär, Polizei, Diplomatie und Entwicklungshilfe in Afghanistan festgestellt.

Der internationale Einsatz hatte nach den Terror-Anschlägen in den USA vom 11. September 2001 begonnen. Rund 93.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten leisteten in den fast 20 Jahren Dienst in Afghanistan; 59 kamen dabei ums Leben. Die Enquete-

Kommission war ein Jahr nach dem überstürzten Abzug der internationalen Streitkräfte einberufen worden. Damals hatten die islamistischen Taliban die Kontrolle über das Land errungen.

Abschlussbericht nach Sommerpause

Der Zwischenbericht beruht auf Befragungen damaliger Verantwortlicher aus Regierung, Truppe sowie weiteren Institutionen zum militärischen und zivilen Engagement. Der Bundestag hatte die Enquete-Kommission 2022 berufen, um Lehren für künftige Bundeswehr-Einsätze zu ziehen. Laut Einsetzungsbeschluss soll die Kommission spätestens nach der Sommerpause in diesem Jahr ihren Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen für künftige Militäreinsätze vorlegen.

Parallel zur Enquete-Kommission befasst sich ein Untersuchungsausschuss des Bundestags mit den Evakuierungsmaßnahmen im Zuge des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan im Sommer 2021, bei denen viele Helfer der Deutschen zurückgeblieben sind. Unter anderem der frühere Bundesaußenminister Maas, SPD, geriet damals stark in die Kritik.

Diese Nachricht wurde am 19.02.2024 im Programm Deutschlandfunk gesendet.

Entdecken Sie den Deutschlandfunk

Programm	Hören	Kontakt	Service	Über uns
Programm	Livestream	Hörerservice	FAQ	Deutschlandradio
Alle Sendungen	Audios	Social Media	Newsletter	Presse
Die Nachrichten	Podcasts		Veranstaltungen	Ausbildung und Karriere
Nachrichtenleicht	Apps		Musikliste	Funkhaus Köln
Neue Beiträge auf dlf.de	Frequenzen		RSS	
Korrekturen				
		Deutschlandradio		
		Datenschutzerklärung		
		Nutzungsbedingungen		
		Impressum		

Partner: [ARD](#) [ZDF](#) [Phoenix](#) [arte](#) [Chronik der Mauer](#)

Deutschlandradio © 2024